

WATERKANT erscheint weiterhin:
Förderkreis WATERKANT e. V.
hat Herausgeberschaft
übernommen

NR. 2
JUNI 2009
24. JAHRGANG
14,00 €

Elbquerung der A 20 – eine Planung aus dem Tollhaus ▶ 25

CO₂: Widerstand gegen Endlager ▶ 12



Milchviehhaltung in der Krise ▶ 29



19. Meeresumwelt-Symposium ▶ 5



Kali-Salz in Werra und Weser ▶ 23



Leben und arbeiten mit 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid unter den Füßen?

RWE will Schleswig-Holstein zum Endlager machen

VON SUSANNE BAREISS-GÜLZOW

Schnell – nach Ansicht etlicher Kritiker viel zu schnell – will der Gesetzgeber den Weg bereiten für eine rechtliche Freigabe der umstrittenen CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS).

Aber während in der Politik noch um Details dieser Regelung gefeilscht wird, gehen die Energiekonzerne bereits »in die Vollen« und machen lokal Druck für ihre profitablen, weil hochsubventionierten Speicher-Pläne: ein Überblick.

In Hürth bei Köln baut RWE ein neues Braunkohlekraftwerk. Um den Ausstoß des klimagases Kohlendioxid (CO₂) zu verringern, will der Konzern dabei auf die so genannte CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage) zurückgreifen (1). Wenn die geplante CCS-Demonstrations-Projektanlage Ende 2014 in Betrieb geht, soll das Gas mittels einer Pipeline über 500 Kilometer vom Kraftwerk aus quer durch die halbe Republik nach Schleswig-Holstein transportiert werden. Während Vattenfall, der zweite große Betreiber von Braunkohlekraftwerken in Deutschland, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt das Klimagas unter der Erde einlagern will, hat sich RWE auf Schleswig-Holstein ausgerichtet.

Das nördlichste Bundesland soll zu einem Zentrum der unterirdischen Speicherung von mindestens 100 Millionen Tonnen Kohlendioxid werden. Hier wird zum ersten Mal im industriellen Maßstab geplant. Große Teile des Landes zwischen Nord- und Ostsee verfügen im Untergrund über saline Aquifere, Gesteinsschichten, die salzhaltiges Grundwasser führen. Wegen der darüber liegenden scheinbar undurchlässigen Deckschichten sollen sich diese nach Industriemeinung zur dauerhaften Lagerung von CO₂ eignen. Einzig ein Streifen in der Mitte des Landes von Flensburg über Neumünster bis Nordstedt gilt als ungeeignet (2).

Als Beispiel für eine angeblich sichere Endlagerung von CO₂ verweist die RWE gerne auf das Erdgasfeld Sleipner vor der norwegischen Küste. Dort lagert der staatliche Energiekonzern StatoilHydro seit mehreren Jahren das Klimagas ein. Aber dies ist kein zulässiger Vergleich mit der geplanten Einlagerung in saline Aquifere unter dem Festland: In Norwegen wird in eine Lagerstätte unter dem Meeresboden eingeleitet.

Zwar gibt es hier eine Reihe unkalkulierbarer ökologischer Risiken – aber weder trinkwasserrelevantes Grundwasser, das verschmutzt werden kann, noch akute Bedrohung von Menschen durch direkt austretendes Kohlendioxid aus der Endlagerung.

Drei unterschiedliche Speicherarten für CO₂ werden zur Zeit diskutiert:

- Endlagerung in salinen Aquiferen,
- Einbringung als flüssiges CO₂ in Tiefseesedimenten sowie
- Einbringung in Methanhydrat-Lagerstätten.

Um die Möglichkeiten einer CO₂-Einlagerung in der küstennahen Nordsee zu erforschen, wurde im Sommer 2008 das SUGAR-Projekt (Submarine Gashydrat-Lagerstätten: Erkundung, Abbau und Transport) gestartet. Unter Leitung des Kieler Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) sollen mit einem Mitteleinsatz von rund 13 Millionen Euro (davon mehr als zehn Millionen aus Steuertöpfen) neue Technologien entwickelt werden, um Erdgas (Methan) aus Methanhydraten im Meeresboden zu gewinnen und Kohlendioxid (CO₂) sicher im Meeresboden zu speichern (3). Nach Einschätzung der an SUGAR beteiligten Wissenschaftler ist die Lagerung im Meer mit wesentlich geringeren Risiken behaftet – doch RWE hat es eilig, das CO₂ in den Untergrund zu entsorgen: Nicht um das Klima zu schonen, sondern wegen der winkenden Gewinne. Für die Kraftwerksbetreiber sind nämlich Endlagerstätten unter dem Festland am einfachsten zu erreichen und daher am kostengünstigen.

Braunkohle setzt im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern besonders viel Kohlendioxid (CO₂) frei und das könnte für RWE in naher Zukunft sehr teuer werden. Das eingelagerte Kohlendioxid gilt dagegen als nicht emittiert. Anstatt sich von der Braunkohleverstromung abzuwenden, setzt RWE deshalb ebenso wie Vattenfall ohne Rücksicht auf Risiken für die Bevölkerung auf die CO₂-Speicherung unter Feldern und Häusern.

Man nimmt sich daher auch keine Zeit mehr, etwa die Projektergebnisse von Ketzin abzuwarten: Hier wird die Endlagerung in einem salinen Aquifer, wie von RWE geplant, wissenschaftlich erforscht. Harald Gülzow vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat Ende April die im Landesbergamt in Cottbus vorhandenen Akten durchgesehen und offene Fragen mit dem Leiter des Zentrums für CO₂-Speicherung am Helmholtz-Zentrum Potsdam, Michael Kühn, diskutiert. Gülzows Eindruck: Von einer

Überall in Schleswig-Holstein beraten Bürgerinitiativen über den Widerstand gegen CCS.



Risikoabschätzung durch die Einlagerung ist man noch weit entfernt. Es können noch keine Aussagen über die Ausbreitung im Untergrund sowie über die Korrosionsbeständigkeit der Bohrlochrohre gegenüber dem CO₂ gemacht werden.

Auch den Potsdamer Wissenschaftlern ist klar, dass sie noch wesentlich mehr Zeit für ihre Forschungen benötigen. Folglich wurde bereits ein Verlängerungsantrag beim zuständigen Landesbergamt gestellt. Ende Mai dieses Jahres waren gerade mal etwa 16.000 Tonnen lebensmittelreines Kohlendioxid in den Untergrund eingebracht worden – ganze 0,016 Prozent jener Kohlendioxidmenge, die RWE in Schleswig-Holstein im Untergrund endlagern möchte. Aber für RWE muss alles schnell gehen, schließlich soll bereits Ende 2014 das erste in Hürth erzeugte CO₂ in gigantischen Mengen unter dem Boden von Schleswig-Holstein entsorgt werden.

Ohne dass die Gemeinden und die Öffentlichkeit umfassend informiert wurden, hat die RWE Dea AG sich bereits vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Hannover als dem für Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg zuständigen Bergamt die Genehmigung ausstellen lassen, auf einer Fläche von 270 Quadratkilometern im Norden Schleswig-Holsteins mögliche CO₂-Lagerorte zu erkunden. Aber erst jetzt, kurz vor Beginn der seismologischen Untersuchungen, wendet sich RWE Dea an die Bürgermeister der Gemeinden und informiert die Bevölkerung. Allerdings nur im unvermeidlich notwendigen Rahmen: »Irritiert über die CO₂-Endlagerpläne zeigt man sich auch im dänischen Südjütland kurz hinter der deutschen Grenze. Obwohl man als regionaler Nachbar betroffen sei, habe man bisher von keiner offiziellen Seite Informationen erhalten, sagte ein Kommunalpolitiker aus dem Ort Tondern« (4). Solche Informationspolitik ist nicht neu, bekanntlich hat RWE Dea auch im Rahmen der Erdölförderung im Wattenmeer es mit der Unterrichtung selbst des Bergamts nicht immer genau genommen (5). Andererseits kennt man sich, Vorstandschef Georg Schöning hofft daher, auch beim Endlagern von CO₂ keine großen Probleme zu bekommen (2).

Während Landesbergämter gegenüber Konzernen oftmals sehr zuvorkommend sind, haben Gemeinden und einzelne Bürger das Nachsehen. Auch beim geplanten CCS-Gesetz, das nun verabschiedet werden soll, werden weiterhin die Landesbergämter federführend in der Überwachung und Genehmigung sein. Dies hat zwar bereits im Vorfeld zu Streit in der Politik geführt, letztendlich aber sieht es der Entwurf nun so vor. Das Bergrecht ist zudem eine Art Freibrief für die Energieversorger. So spielt

das Prinzip der »Bergfreiheit« – es erlaubt dem Staat, auch gegen den Willen des Grundeigentümers Bodenschätze zu gewinnen – bis heute eine zentrale Rolle. Aber angesichts der vielen offenen Fragen im Zusammenhang mit der Endlagerung von CO₂ muss die Beteiligung der Öffentlichkeit oberste Priorität haben.

Entscheidungen müssen transparent und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit getroffen werden. Hierzu sind aber viele Bergämter nicht bereit, wie Erfahrungen der Vergangenheit zeigen. Gerade das LBEG zum Beispiel ist durch die Skandale um das heutige Atom-müllendlager Asse bekannt geworden. Erst als nichts mehr half in der erregten öffentlichen Diskussion, wurde dem Amt die Aufsicht entzogen, zudem sollen mindestens zwei Disziplinarverfahren eingeleitet worden sein: Eines gegen den Leiter der Bergbehörde und das andere gegen einen Referenten, der unmittelbar mit der Aufsicht über die Asse befasst gewesen sein soll. Beiden Beschuldigten werde vorgeworfen, schon lange von den Sicherheitsproblemen gewusst, aber nicht angemessen reagiert zu haben (6).

Die Nähe der Landesbergämter mit den Konzernen hat auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erfahren müssen, der nach dem Umweltinformationsgesetz Auskunft über die Quecksilberbelastung im Erdgasfeld in der Altmark erhalten wollte. Hier soll Kohlendioxid, das Schwermetalle erheblich löst, endgelagert werden (1). Gute Informationen über die vorhandenen Schwermetalle im Altmarker Feld kann man über die Schwermetallbelastung des gefördert Erdgases erhalten.

*Injektionsanlage zur Einleitung von CO₂ in den Untergrund der Altmark:
Bald auch in Schleswig-Holstein?*



Ein nettes Dankeschön!

Bei der Redaktion ist ein knapper Leserbrief eingegangen, der ein wirklich nettes Dankeschön beinhaltet und – politisch gesehen – eine überraschend tolle Wirkung dokumentiert. Wir freuen uns, ihn hier veröffentlicht zu dürfen:

»Der Artikel ›Im Untergrund herrscht keine Sicherheit‹ in Heft 1 / 2009 war die erste Information über das geplante CO₂-Endlager in Nordfriesland, die uns erreicht hat. Er war der Initialfunke für die Gründung einer ständig wachsenden Bürgerinitiative, die sich mittlerweile fast zu einer Volksbewegung ausgewachsen hat.«

*Dr. R. Enderle
Bürgerinitiative gegen das CO₂-Endlager*

Rohgas enthält je nach Förderfeld sehr unterschiedliche Quecksilberkonzentrationen – zwischen wenigen Mikrogramm bis zu mehr als 10.000 pro Kubikmeter. Je nach Konzentration kann im Falle einer Freisetzung von CO₂ in das Grundwasser eine erhebliche Gefährdung entstehen. Diese Informationen wurden nun aber vom zuständigen Sachbearbeiter des Landesamtes für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt zur Geheimsache erklärt (7).

Ein weiteres Beispiel für die Konzernnähe der Bergämter liefert das thüringische Landesbergamt in Gera. Bereits 1925 hat die Kali-Industrie an der Werra begonnen, ihre salzhaltigen Abwässer in poröse Gesteinsschichten in etwa

CCS – auch E.ON will dabei sein

Einen anderen Weg als RWE und Vattenfall will Konkurrent E.ON einschlagen. Während die beiden Braunkohleverstromer erstrangig nur selbst erzeugtes Kohlendioxid (CO₂) unterirdisch einlagern wollen, plant E.ON schon einen Schritt weiter. Zwar will E.ON in den nächsten zwei Jahren auch bei den in Wilhelmshaven bestehenden Kraftwerksblöcken sowie am Kraftwerksstandort Staudinger bei Hanau Pilotanlagen zur Kohlendioxidabscheidung in Betrieb nehmen, um staatliche Förderungen abschöpfen zu können (1). Doch im E.ON-Konzern denkt man über den Tag hinaus: Die Konzerntochter E.ON Gas Storage soll die Federführung für zwei Bereiche der CCS-Technologieketten übernehmen: Transport und Speicherung. Zur Zeit ist das Unternehmen bereits marktführend im Bereich der Erdgasspeicherung. »Zukünftig will E.ON Gas Storage wie bei Erdgas auch Kapazitäten und zugehörige Dienstleistungen für die Speicherung von CO₂ anbieten« (2).

E.ON wittert gerade in der kostengünstigen Entsorgung von CO₂ für andere Konzerne ein lukratives Geschäft: Da das abgeschiedene und gespeicherte Kohlendioxid im Rahmen des Emissionshandelssystems als nicht emittiert verbucht werden darf, besteht von Seiten der Industrie sehr großes Interesse an derartiger Dienstleistung. Leider werden dadurch alle Anreize für Betriebe, CO₂-arme Produktionsprozesse zu entwickeln und einzusetzen, zunichte gemacht.

Damit E.ON Gas Storage später über ausreichend Endlagerkapazitäten verfügt, wurden die ersten Anträge beim für Nordwestdeutschland zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Hannover gestellt. Die E.ON-Tochter will im Weser-Elbe-Gebiet schon jetzt seismische Untersuchungen durchführen. In den kommenden fünf Jahren soll ermittelt werden, ob in dieser Region die geologischen Voraussetzungen für den Bau von unterirdischen CO₂-Speichern gegeben sind. In 17 Landkreisen und kreisfreien Städten in Niedersachsen sowie in Bremen (mit Bremerhaven) soll der Untergrund untersucht werden. In den ersten zwei Jahren sollen dafür vorhandene geologische Daten ausgewertet werden, bevor eigene seismologische Untersuchungen und Erkundungsbohrungen beginnen (3).

»Ab 2014 wird E.ON die in einer Pilotanlage abgetrennten CO₂-Mengen im Untergrund speichern«, ist der Homepage von E.ON Gas Storage zu entnehmen. E.ON scheint schon heute davon auszugehen, dass die geplante CO₂-Endlagerung sicher und durchsetzbar ist – obwohl das Unternehmen selbst »momentan noch einen hohen Forschungs- und Entwicklungsbedarf« konstatiert. Probleme bei der Genehmigung durch das LBEG werden offenbar nicht erwartet (siehe nebenstehenden Artikel). Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Politiker und Bürger hin- und nicht wegschauen. Weitreichende Entscheidungen wie hier in Sachen CCS dürfen nicht den Landesbergämtern überlassen bleiben, die haben Erfahrungen in der Rohstoffgewinnung und nicht in der Müllentsorgung.

An allen bislang geplanten Speicherstandorten in Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat der Widerstand begonnen. Bremen und Niedersachsen werden dem sicher nicht nachstehen.

Harald Gülzow

ANMERKUNGEN:

- * Der Autor ist Mitglied des Vorstands des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).
- 1. E.ON: Die aktuelle Planung der wichtigsten E.ON-Projekte im Überblick; <http://www.eon.com/de/unternehmen/26498.jsp#6>.
- 2. E.ON Gas Storage: Dauerhafte Einlagerung im Untergrund; <http://www.eon-gas-storage.com/cps/rde/xchg/SID-E7FE931A-115FBC22/eon-gas-storage/hs.xsl/2571.htm>.
- 3. E.ON Gas Storage: Pressemitteilung vom 18. Mai 2009; »E.ON Gas Storage untersucht Möglichkeiten der CO₂-Speicherung«.

500 Meter Tiefe zu versenken. Die Theorie besagte, dass dieser Plattendolomit eine nach oben und unten abgedichtete Gesteinsformation sei. Diese Schicht sollte das Salzabwasser sicher aufnehmen können, ohne darüber liegende Grundwasserschichten zu gefährden. Als die Gemeinde Gerstungen in ihrem Trinkwasserbrunnen erhöhte Salzgehalte feststellte, wollten weder Bergwerks-Betreiber Kali + Salz noch das Landesbergamt Thüringen anerkennen, dass die erhöhte Belastung aus der Speicherung der Salzsole resultiert. Man behauptete einfach, die Verschmutzung habe natürliche Ursachen. Erst durch selbst finanzierte Gutachten konnte die Gemeinde Gerstungen die Einlagerung des salzhaltigen Abwassers im Untergrund als Ursache der Versalzung des Trinkwassers nachweisen (8).

Probleme mit der Nachweisbarkeit von Schäden werden auch betroffene Gemeinden bekommen, falls CO₂ aus den Speicherzonen ins Grundwasser aufsteigen sollte. Das geplante CCS-Gesetz sieht zwar vor, dass die Konzerne 30 Jahre lang die Haftung für Schäden übernehmen müssen, aber erstens wird das nur schwer durchsetzbar sein, wie etliche Erfahrungen von Grundwasserschäden Betroffener im Streit mit mächtigen Konzernen belegen (9). Zweitens spielt die Zeit gegen die Betroffenen: Bis eine Verschmutzung aus einer Tiefe von 2000 Metern im Einzugsgebiet der Trinkwasserbrunnen ankommt und die Belastung nachweisbar ist, können schnell 30 Jahre vergehen – und schon wäre RWE Dea laut Gesetz raus aus der Haftung.

Grundwasser darf nicht verschmutzt werden. Sauberes Trinkwasser und die Sicherheit der Bürger müssen oberste Priorität haben. Dies ist derzeit bei den CCS-Planungen sowohl von RWE als auch von Vattenfall nicht gegeben. Aber der Widerstand in der Bevölkerung wächst:

- So wurde die Einlagerung von CO₂ durch Vattenfall in einem Erdgasfeld in der Altmark um mehrere Jahre verschoben, nachdem der BBU die Bevölkerung, Presse und Politiker über die Gefahren durch Leckagen aufmerksam gemacht hatte.
- In Dänemark wurde ein Vorhaben desselben Energiekonzerns wegen massiver Proteste gestoppt und aufgeschoben: In Jütland sollte in der Nähe von Aalborg ein riesiges unterirdisches Kohlendioxid-Endlager durch Vattenfall entstehen. Als im Mai seismische Untersuchungen durchgeführt werden sollten, blockierten die Landwirte dieses

Auch viele Bauern zwischen Nord- und Ostsee machen mobil gegen die Kohlendioxid-Versenkung.



Vorhaben und verboten den Vattenfall-Beauftragten das Betreten ihrer Felder.

- In den ostbrandenburgischen Gemeinden Neutreppin und Beeskow, wo Vattenfall CO₂ unter die Erde bringen will, haben sich die Bürger inzwischen zusammengeschlossen. Zwei Bürgerinitiativen haben ihre Arbeit aufgenommen.
- In den Landkreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg wächst unter Lokalpolitikern, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen der Widerstand gegen die CCS-Pläne der RWE Dea AG.

Sie alle haben das gleiche Ziel: Den Plänen zur Endlagerung von CO₂ auf Kosten der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen ein Ende zu setzen. ◀

ANMERKUNGEN:

1. Bareiß-Gülzow, Susanne: »Im Untergrund herrscht keine Sicherheit«; in: WATERKANT, Jg. 24, Heft 1 (März 2009), Seite 8 ff.
2. Christen, Ulf B.: »So wird der Klimakiller weggesperrt«; in: »Hamburger Abendblatt« vom 13. März 2008.
3. IFM-Geomar: Submarine Gashydrat-Lagerstätten: Erkundung, Abbau und Transport (SUGAR); Antrag für das Verbundprojekt im Juli 2007; <http://www.ifm-geomar.de/index.php?id=sugar>
4. »In Tondern weiß man nichts von CO₂-Lager«, Nachricht vom 2. Mai 2009 auf der Webseite der deutschen Minderheit in Dänemark (Nordschleswig): <http://www.slesvigsk-parti.dk/SEEEMS/951.asp?artid=14192>
5. Gaus, Silvia: »Zum Allgemeinwohl der Ölindustrie!«; in: WATERKANT, 23. Jg., Heft 3 (September 2008), Seite 9 ff.
6. »Betreiberwechsel für Atomülllager Asse«, Meldung vom 4. September 2008 unter http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=18539
7. BBU und VSR-Gewässerschutz, gemeinsame Pressemitteilung vom 20. April 2009: Quecksilberkonzentrationen im Untergrund werden zum Betriebsgeheimnis erklärt. Geplante CO₂-Speicherung in der Altmark riskanter als erwartet?
8. BBU und VSR-Gewässerschutz, gemeinsame Pressemitteilung vom 19. Mai 2009: CCS-Gesetz gibt Energieversorgern Planungssicherheit und gefährdet die regionale Trinkwasserversorgung.
9. siehe auch Kleineidam, Thomas: »Bauern gegen BAYER«; Artikelserie in WATERKANT, zuletzt in Jg. 23, Heft 2 (Juni 2008), Seite 24.



Register

**Immer noch spannend:
Unsere früheren Ausgaben**

Heft 1 / 2009
Streitthema Kohlendioxid: Kritik an LOHAFEX und CO₂-Speicherung im Untergrund; Elbvertiefung & Elbsanierung; Ems-Kanal – alter Plan aufgewärmt; Geeste-Renaturierung; Logistik in der Wirtschaftskrise; Küstenautobahn A 22; Lernen auf »Windsbraut«.

Heft 4 / 2008
Munitionsversenkungen durch die BRD; Elbvertiefung; AKN-Jubiläum; Schiffsemissionen; Industrialisierung Eemshaven; Windkraft-Profite; Hapag-Lloyd; WATERKANT wechselt Herausgeber.

Heft 3 / 2008
Meeresraumordnung; Offshore-Windkraft; Ölsuche im Watt; Flussvertiefungen: Elbe, Weser, Ems; Erdgaskavernen; Kampf gegen »Atomwäscherei«; Küstenautobahn; Fehmarnbelt-Querung; WATERKANTs Zukunft.

Heft 2 / 2008
Hapag-Lloyd; HHLA und Elbvertiefung; JadeWeserPort; Kohlekraftwerk Emden; Emsvertiefung; Kampf gegen »Atomwäscherei«; Tritium im AKW-Abwasser; Bauern gegen BAYER (Teil VI); Klimawandel.

Heft 1 / 2008
Munitionsunfälle, Teil II (Nordsee); EU-Hafenpolitik; Braker Hafenausbau; Elbvertiefung; Schiffsemissionen; tote Trauerenten; Weltnaturerbe Wattenmeer?; Kinderkrebstudie; Wunderwaffe Meeresalgen.

Heft 4 / 2007
EU-Meerespolitik; Schiffe an die Steckdose?; Schiffs-Emissionen; Jobmotor Hafen?; Hafenerweiterung Brake; Jade-WeserPort; Industrialisierung Jade-Region; Gänsejagd; Munitionsunfälle Teil I (Ostsee); Nanopartikel; BAYER-Pestizide töten Honigbienen.

Heft 3 / 2007
EU-Meerespolitik; ELME-Projekt; Emissionshandel und Schifffahrt; Irrweg Biokraftstoff; Elbvertiefung; JadeWeserPort; Küstenautobahn; »Globalisierung des Tempowahns«; Salz in der Werra; Westpazifische Grauwale, Ölexploration im Watt.

Heft 2 / 2007
EU-Grünbuch Meerespolitik; Kritik an historisch; Munitionsaltlasten Ostsee; Walhaie; Küstenautobahn; Mobilfunkstrahlung.

Themen älterer Jahrgänge können in unserem Internet-Archiv recherchiert werden: www.waterkant.info
 Hefte der Jahrgänge 2008-2007 kosten 3,00 Euro pro Stück;
 Hefte der Jahrgänge 2006-2002 kosten 1,50 Euro pro Stück;
 alle Einzelheftpreise jeweils zzgl. Porto und Verpackung.
 Preise für Ausgaben der Jahrgänge 2001-1986 sind – soweit noch lieferbar – Verhandlungssache.